

Populismus

Autor(en): **Horn, Karen**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **96 (2016)**

Heft 1042

PDF erstellt am: **22.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-736420>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

WORTWECHSEL

Populismus

«Wer sich kritisch
in einer Weise
äussert, die populär
ist, nicht ohne
weiteres widerlegt
werden kann,
systemkritisch,
aber keine Kritik
von links ist,
der muss
ein Populist sein.»

Thilo Sarrazin, Publizist,
in der F.A.Z. vom 6.6.2016
zur öffentlichen Empörung
über seine Thesen

Definieren durch Draufzeigen ist immer am leichtesten. Donald Trump, ein Populist? Was sonst. Marine Le Pen, Frauke Petry? Gewiss. Christoph Blocher? Auch. Und auf jeden Fall der frühere Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin, der die Einwände gegen den biologistischen Determinismus, der Passagen seines Buches «Deutschland schafft sich ab» (2010) rassistisch machte, bis heute nicht an sich heranlässt. Dabei ist der Eindruck des SPD-Mitglieds, der Vorwurf des Populismus richte sich nicht gegen linke Stimmen, nicht nur paradox, sondern auch unzutreffend. Der Populismus begann links und ist dort bis heute heimisch. Und er ist mehr als nur Opportunismus und platte Parolen. Der Populismus wurzelt in einer Bauernrevolte in den USA am Ende des 19. Jahrhunderts, die in die Gründung der «People's Party» mündete. Das Programm bestand im wesentlichen aus Umverteilung, Bankenregulierung und Referenden. Ihr war nur ein kurzes Leben beschieden, weil sich die grösseren «Democrats» etliche ihrer Forderungen zu eigen machten. Trotzdem war die Strömung stilprägend, ganz wie in Europa die etwa zeitgleich entstehenden Arbeiterparteien: Man diagnostizierte einen ökonomischen Antagonismus (zwischen Stadt und Land, Grossindustrie und Bauernschaft, Kapital und Arbeit) und bauschte ihn zu der Verschwörungstheorie auf, «die Eliten» als Privilegierte «des Systems» schädigten «das Volk». So reden bis heute viele Linke, die ein Komplott «imperialistischer» Regierungen und kapitalistischer Konzerne gegen «die 99 Prozent» wähen. Dem «Volk aufs Maul zu schauen», genügt dabei nicht; man muss den proklamierten Antagonismus aktiv pflegen und das entsprechende «Wir» erschaffen. Diese Gemeinschaft, gleichsam das Volk («Populus») der Populisten, gilt es aufzuhetzen und die so entstehende Opferbefindlichkeit zu bewirtschaften. Sarrazins patzige Volte, als angeblicher Populist habe man populäre Wahrheiten auf Lager, ist mithin tautologisch.

Es gibt keinen Grund, warum diese Technik am rechten Ende des politischen Spektrums weniger beliebt und wirksam sein sollte als links. Es macht einen freilich schaudern, wenn rechte Verführer das «Wir» von vornherein nationalistisch aufziehen. Da rollt Unheil heran. ◀

Karen Horn

ist Dozentin für ökonomische Ideengeschichte, freie Autorin sowie Chefredaktorin und Mitherausgeberin der Zeitschrift «Perspektiven der Wirtschaftspolitik».